



zurückzuführen. Diese Pläne sind nun durchsichtiger geworden und da die Ueberführungen höher sind als die Ermäßigungen, ist das Blut dem unglücklichen Mann dem großen arriert worden. (Große Seiterzeit.) Somit sind derartige Redaktionen nur bei gleichartigen Schiffen vorgenommen worden. Ueberhaupt nimmt keine Veranlassung zu geringe Rücksicht auf das Bewilligungsrecht des Reichstages, wie gerade die Marineverwaltung. Beim Schiffebau sind allein 8 Millionen Staatsüberführungen vorgenommen. Wenn hier 2000 Da dem Marineminister eine Debatte, wonach das Schiff nach neuen Gebräuden ganz anders gebaut werden muß.

Ein Kommandantbescheid, wie es Herr Bassermann forderte, habe ich 30 Jahren verlangt. Würde es aber nach dem Minister des Reichstages gemacht, so ist es mir sehr unwillig, es wird dabei einen Gewinn haben werden.

Direktor im Reichsministerium des Verkehrs: Das vom Marineminister so, wie es der Herr Oberbürgermeister schilderte, in die bewilligten Schiffbauarbeiten eingegriffen wird, ist ganz ausgeschlossen.

Abg. Graf v. Limburg-Stirum (kon.): Es ist für uns sehr schwer herauszufinden, wo bei Staatsüberführungen Verwendung stattgefunden hat. In einem Bericht, in der Rechnungscommission durch genaue Prüfung der Verrechnung in den einzelnen Jahren festzustellen, werden wir uns gerne beteiligen, verdrücken uns aber keinen Erfolg davon.

Abg. Dr. Wachen (Cent.): Hoffentlich, da nunmehr das Interesse für diese Dinge gewendet ist, die Rechnungscommission in Zukunft ihre Schuldigkeit thun werde.

Abg. Wurm (Soz.): Ich arbeite seit langer Zeit in der Rechnungscommission mit und muß konstatieren, daß die fortwährenden Staatsüberführungen einfach deshalb nicht ausreichen, weil sowohl die Commission wie der Reichstag sie stets unverändert bewilligt haben. Wenn meine politischen Freunde solche Ueberführungen monitoren, wurde uns sehr wohl zu erwidern, weil sowohl der organischen Entwicklung des Reiches, als auch die Ausgaben nicht voraussehen waren oder wohl gar aus militärisch-politischen Gründen sollte die Ueberführung notwendig sein. Als ein einziges Mal ein Antrag von mir auf Ablehnung einer Ausgabe für die Vertheilung der Commission angenommen war, weil zufällig die Kommission zum Unergeben waren (Gezitterzeit) bewilligte der Reichstag nachher die Forderung als zum Schutze des Reiches notwendig. So lange also der Reichstag zu allen Staatsüberführungen Ja und Amen sagt, wird eine Veränderung in dieser Beziehung nicht erfolgen. Bistfall bei den Sozialdem.

Abg. Dr. Passche (natlib.): Es sind innere Gründe für diese Staatsüberführungen vorhanden: aus diesen Gründen ist es nicht möglich, sie wirklich zu verhindern. Die Notwendigkeit der Staatsüberführungen ist eben bedingt durch den jetzigen Vorwärtsschritt.

Abg. Richter (Soz. Vot.): hält seine Angaben über Privatvertheilungen und Kaiserliche Vertheilungen aufrecht. Der Hauptfehler liegt in der Organisation der Verwaltung und in der ungenügenden Stellung des Reichsfinanzministeriums.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Sattler (natlib.), daß das Reichsfinanzministerium in Verbindung mit dem Reichstag die Ueberführung in die Rechnungscommission überweisen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung betrifft den Antrag Rintelen (Centr.), der Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozeßordnung, der Zivilprozeßordnung und des Strafvollzugs bezieht.

Abg. Mandel (Soz. Vot.): beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Mandel (Soz. Vot.): schlägt sich diesem Antrag an.

Abg. von Zitzsch (deutschl.): Ich möchte nicht, daß mein Gegenwartseintritt an die Kommission verwehrt wird. Ich bitte, erwidern Sie nicht das Zustandekommen dieses schwerwiegenden Gesetzes, indem Sie es der Kommission überweisen.

Das Haus beschließt, sodann Verweisung der drei Entwürfe an eine neue Kommission zu überweisen.

Hierauf ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Montag, den 3. Dezember, 2 Uhr. Tagesordnung: Intervention des Zentrums wegen der Kohlennot.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Der Kampf in China.

Deutschland erscheint gegenwärtig fast völlig isoliert in Bezug auf die Friedensverhältnisse in China. Wie der Münchener Allgem. Ztg. aus London gemeldet wird, verläutet dort in amtlichen Kreisen, daß alle Regierungen, möglicherweise mit Ausnahme Deutschlands, das Abkommen der Peking-Verhandlungen, wenn es nicht wesentlich verändert werde, ablehnen werden.

Die Petersburger Wirtschensj Wedomosti schlägt vor, daß die einzelnen Kabinette die Friedensverhandlungen mit China unmittelbar mit den bei ihnen akkreditirten chinesischen Gesandten führen sollen. Dadurch würde denjenigen Kabinetten, deren Programm mit den in China noch fortwährenden militärischen Operationen in Widerspruch steht, die Freiheit des Handlens wiedergegeben.

Auf ein Entnehmen Japans mit China deutet folgende Nachricht aus Schanghai vom Freitag: Am letzten Mittwoch erließen die Konsuln eine gemeinsame Proklamation gegen die Eingriffung von Gegenständen zum Zweck der Vertheilung von Kriegsmaterial. Am Donnerstag erklärte der japanische Konsul, der auf Instruktionen aus Tokio hin handelte, er ziehe seine Zustimmung zurück. Dies Vorgehen ergab große Verwirren unter den Konsuln. Gerüchtelei verläutet, die Chinesen erwerben eifrig Waffen und Munition und die Jollbehörden seien bei der Einfuhr derselben unter fallcher Deklaration infolge amtlicher Instruktionen sehr nachsichtig. Welche Einigkeit unter den Konsuln herrscht, ist nicht zu bezweifeln.

In Tientsin herrscht nach chinesischen Meldungen aus Schanghai große Unruhe. Rorer und chinesische Soldaten töten heimlich die Bevölkerung. Man befürchtet neue Wirren, wenn der Hafen während des Winters geschlossen ist.

Graf Waldersee ist nach einer Mitteilung der Kotojio Wredmia aus London telegraphisch angewiesen worden, seine weiteren Expeditionen zu unternehmen.

Von einer Niederlage deutscher Truppen in China wollen die Times aus Schanghai erfahren haben. Sie melden: Die Expedition nach Tsingtau hat eine Niederlage erlitten. Eine deutsche Abteilung, die sich isoliert befand, lag gezwungen worden sein, ihre Toten und Verwundeten zurückzulassen.

Eine Besichtigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

mit der Folge eines großen Empressenbesuches begonnen und der reichthümliche Fiskus zu diesem Zweck ermächtigt werden, eine Fläche von 2500 Hektar Staatswaldungen im Breis von 5 1/2 Millionen Mark an den Reichsschatz zu veräußern. Die Waldungen, deren Ankauf damit der obigen Unproduktivität überlassen wird, gehören bisher zu den besten Besitztümern des deutschen Wägenwaldes und repräsentieren im Stadthaushalte des Reichslandes große, angelegte, fortwährend steigende Vermögenswerte. Außer ihnen zieht der geplante Truppenübungsplatz aber auch noch ausgedehnte Waldungen der Dörfer in der Bittiger Gegend in seinen Bereich und bedingt sogar die völlige Ueberwindung einer ganzen Gemeinde, des etwa eine Stunde nordöstlich von Bittig gelegenen Dorfes Gopselchheim. Die kulturfeindlichen Tendenzen des Militarismus werden durch derartige Maßregeln ganz beleuchtet.

Für Heer und Marine sollen im nächsten Jahre nach dem Etat veranschlagt werden 1078 1/2 Millionen Mark. In dieser Summe finden jedoch nicht die Kosten für den Krieg in China. Die Reichsschuld ist folgendermaßen getheilt:

Table with 2 columns: Year and Amount. 1887: 483,201,000 M. 1888: 1,741,642,500 M. 1895: 2,681,219,800 M. 1898: 2,182,240,800 M. 1899: 2,248,033,200 M.

Die Reichsschuld ist somit in 14 Jahren auf 18 1/2 Milliarden gestiegen, die im Laufe des Jahres die 2 1/2 Milliarden vollen werden.

Die Chinesenmissionen werden von den hiesigen Reichstagsmehrheit glatt bewilligt werden, so meidet eine Berliner Korrespondenz und sagt damit nur, was alle Welt schon weiß.

Das kann gut werden. Mit den auf 17 Jahre vertheilten Fiktionsmillionen wird die Regierung bei weitem nicht aufkommen, da die Preise für die Schiffe erheblich gestiegen sind. Statt 19 Millionen hat ein Bauergericht jetzt 22 1/2 Millionen gekostet. In den letzten Jahren ist der Preis jedes Schiffes um 8 Millionen Mark gestiegen.

Für eine Kaserne ist in Mautschow schon vor fast zwei Monaten der Grundstein gelegt worden. Wenn dann noch eine Kirche und ein Kloster angelegt wird, so sind die drei Kaserne, Kirche, Kloster - vertreten, die die deutsche Kultur am Ende des 19. Jahrhunderts ausmachten.

Trübe Aussichten. Die Kolonialkriege sind viel teurer, als anfänglich angenommen worden ist. Das erfährt jetzt England aufs neue. Als Frankreich die Expedition nach Tongking unternahm, wurden 11 Millionen vom Parlament gefordert, während sich die Rechnung hinterher auf 1280 Millionen franks und 16 000 Menschenleben stellte. Uebrigens erging es Italien mit Mailand. Zuerst verlangte die Regierung lediglich 1 1/2 Millionen. Schlussabrechnung: 590 Millionen und 12 000 Menschenleben.

Mit China wird es nicht anders werden, man müßte denn bald Frieden schließen.

Der Zentrumsantrag auf freie Religionsübung der am Mittwoch im Reichstag zur Verhandlung gestellt wird manchen überrascht haben, da das Zentrum als Kampfbund für religiöse Freiheit eine ganz neue Erklärung abgibt. In Wahrheit verlangt aber das Zentrum gar nicht eine wirkliche religiöse Freiheit, sondern nur eine Freiheit für die „anerkannten“ Religionsgemeinschaften. Anderen als religiösen Gemeinschaften ist die behördliche Bevormundung noch weit weniger dienlich. Es ist auch nicht der Drang nach Freiheit und Gerechtigkeit, der dem Zentrum diesen Antrag diktiert hat, sondern ihm kommt es darauf an, die katolische Kirche von lästigen Fesseln zu befreien: an dem Schutze der Ueberzeugung anderer ist der Partei nichts gelegen.

Ein Kartell soll von 50-75 Ztg. auf den Zentner bringen die Konterpartien und Klarier in Aussicht. Die Unvergleichlichkeit dieser Wägen am deutschen Volksskörper kennt eben keine Grenzen.

Zumer mehr Hunnenbriefe werden dem Vorwärts zur Verfügung gestellt. In einem derselben heißt es: „Hier (in Tientsin) sah man zum größten Theil die Häuser niedergebrannt und eingestürzt und die Chinesen halten sich in den noch übriggebliebenen Häusern auf und werden von den kriegerischen Nationen zur Arbeit des Tages über ausgegriffen und des Abends wieder ohne zu bezahlen und zu füttern fortgeschickt.“ Eine andere Stelle lautet: „Wir trieben das Volk wie das Vieh, denn ohne zu schlagen oder mit dem Gewehr zu stoßen war dieses Volk mitzukommen. Auch wurde einer, welcher den Versuch machte auszureifen, vor den Augen der andern erschossen.“ Hier in Peking gehen wir wenn wir irgend etwas haben wollen, in ein noch bewohnbares Haus und nehmen den Chinesen vor der Nase weg, was wir haben wollen. So geht es mit allem und wenn einer was sagt, so gibt es gleich Hiebe.“

In ein im Münch. Anz. veröffentlichten Brief aus Peking, 21. September, heißt es: „Das Bataillon ist verteilt worden um die Thore zu suchen da wir nun rein kommen, haben wir alles was uns in Weg gekommen ist, niedergegriffen und in Brand geschickt. Da war sehr schön, da habe ich meinen Sohn ausgefallen. Die Keris habe ich durchgeschossen, daß das Bajonett hinten 'naus geschaut hat, das macht uns Spaß.“

In dem „mittlichen Saaleder Streißel“ wird das Gesecht bei Liang-shan-hien am 11. September wie folgt beschrieben: „Wir meglerten alles nieder, was uns in die Finger kam, dabei wurde weder Weib noch Kind verschont. Gegen Abend brannten wir die ganze Stadt nieder.“ Der 11. September war bis jetzt der blutigste Tag, den ich in China mitmachte; ich sah an diesem Tage eher einem Wegger als einem deutschen Soldaten ähnlich. China ist jetzt ein Leichenfeld.“

Wegen Kaiserliche Beileidigung benutzte vorige Woche in Berlin ein Kunstler ein Bild der antismilitärischen Versammlung, weil dieser beim Kaiserhof nicht aufgefunden war.

Kleine politische Nachrichten. Selbst dem konterpartativen Reichstagen gehen die Puntenthalten gegen den Krieg. Er schreibt, meint die britische Vertheilung Ozeal, noch nicht, dann „bedeutet das nicht weniger, als den sittlichen Bankrott unterer moderner Kultur.“ Das vom Oberpräsidenten v. Müller in Schleswig ausgehaltene „Volkblatt“ hat vorige Woche geschrieben, die Debatte über die 12 1/2 M. -Kasse im Reichstage wäre eine höhere Niederlage für die Sozialdemokratie gewesen. Der bisherige Reichstag in Döberitz wird sich seinen Jahreslohn von 250 000 auf 450 000 M. erhöhen lassen. - Nun neue Fürstentitel sollen geschaffen werden. Die Kön. Ztg. deren kapitalstärkere Hintermann im Grunde ihres Herzens die ganze Welt umwerfen, meint unvorsichtiger, es beabsichtigt die Beherrschung der theatralischen und dekorativen Seite der Staatskunst, wenn man die höchsten Ehren, die der nationale Staat zu vergeben hat, ziemlich wohllos vertheilt.

Amerika. Wenn nur Profit zu machen ist, dann erregt es in dem richtigen Kapitaliengeist Feinleier Bedenken, dem „Reich“, mit dem eigene Land im Krieg liegt, Waffen zu liefern. Der Daily Telegraph erfährt aus Washington, daß die Philippinen von Sontong aus nicht bloß mit Waffen englischen und deutschen Ursprungs, sondern auch mit solchen amerikanischer Herkunft versorgt werden. Das Kriegsmittel darüber eine Untersuchung anstellen, die seltsame Dinge zu Tage fördern dürfte, d. h. wenn sie ernsthaft betrieben wird. Aber die am Waffenhandel interessierten Kapitalisten werden schon Mittel und Wege finden, ihre „Geschäftsgeheimnisse“ zu verbergen.

England. Das schlechte Gewissen über die von den englischen Soldaten in Sibirien verübten Verbrechen hat dazu geführt, daß über alle vom Kriegshauptquartier in Tientsin kommenden Briefe, auch über verschlossene, strenge Zensur verhängt worden ist. So will die Regierung verhindern, daß die Wahrheit bekannt wird. Zum Glück kann die Regierung mit dieser falschen Unterdrückung nicht auch die Wahrheit selbst aus der Welt schaffen.

Afrika. Eine schwere Schlappe haben die Engländer bei Devesbors durch die Kolonne Demetris erlitten: Die etwa 400 Mann starke Garnison von Devesbors mit 2 Geschützen hat sich am 23. November den Buren ergeben, nachdem sie 15 Tote und 42 Verwundete gehabt hatte. Die Buren waren 2500 Mann stark. Die 1400 Mann starke englische Kolonne, welche Devesbors zu Hilfe kommen sollte, ist nicht zur Zeit dort eingetroffen.

Die Schlappe wäre für die Engländer noch empfindlicher, wenn die Buren nach Humenart die englischen Gefangenen über die Klänge springen ließen, statt sie nach einiger Zeit wieder laufen zu lassen.

Gewerkschaftliches.

Zum Kreissekretär in 2. u. 6. c wurde Genosse Wiffel mit großer Mehrheit gewählt, in Bremen mit großer Mehrheit der Genosse Viktor Müller aus Bochum als zweiter Sekretär für das dortige Arbeiterparlament.

Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 8. Dezember 1900.

Mit Zweithens Inhabtsbehaltung unter Zentralorgan, der Vorwärts. Er läßt sich von seinem hiesigen Korrespondenten mitteilen, daß die beschließende Kammer wegen Fiktionsvertrags für vorliegend erachtet habe, weil Genosse Swienty die nach der erfolgten Beschlagsnahme veröffentlichte Nummer des Volksblattes nicht mehr verantwortlich zeichnete. Diese Mitteilung entspricht nicht den Thatlagen. Swienty wurde die Konstitution der Nummer, in welcher das beanstandete Gedicht enthalten ist, erst am Montag nachmittag vorgenommen, als die erste Nummer nach dem Erscheinen des Gedichtes bereits dem Genossen Weizmann geschickt war. Diese Zeichnung seitens des letzteren geschah lediglich deshalb, weil Genosse Swienty infolge der Entbindung seiner Frau in der Redaktion nicht anwesend sein konnte. Weizmann sowohl als Swienty konnten umhüllich am Montag mittag wissen, was sich am Montag nachmittag ereignen würde. Zweitens hat die beschließende Kammer auch gar nicht mit diesem Umstand gerechnet, wenigstens läßt der jetzt vorliegende Beschluß nichts davon erkennen. In diesem wird nur ausgesprochen, daß wegen der zu gewärtigenden hohen Strafe der Fiktionsvertrags auch durch die Hinterlegung der angeborenen Skaution nicht befristet ist. Also lediglich die Fiktion der zu erwartenden Strafen war für den Beschluß der Kammer maßgebend, nicht aber die zufällige Minderung in der verantwortlichen Zeichnung unseres Volksblattes.

Was jedoch die Ursache des Beschlusses selbst anbelangt, so müßten wir unter Berufung auf frühere, gegen uns eingeleitete Strafprozesse feststellen, daß noch nie ein unserem Blatte thätig gewesener Redakteur sich der Verhöhnung der über ihn verhängenen Gefängnis- oder Haftstrafen entzogen hat, obwohl verschiedentlich die Strafen sehr beträchtliche waren. So verurtheilte Gen. Mannigel 22 Monate und es ist der hiesigen Staatsanwaltschaft nicht entgangen, ihn wegen Fiktionsvertrags verhaften zu lassen. Im Mai 1896 waren gegen den Genossen Weizmann ebenfalls zwei Verurtheilungsbefehle anhängig, die die Staatsanwaltschaft bei der Verhandlung mit insgesamt 14 Monaten gelüht wissen wollte. Genosse Weizmann befand sich auf freiem Fuße. Drei Jahre später wurden gegen denselben Genossen insgesamt 6 Monate Gefängnis verhängt und niemand dachte daran, ihn wegen Fiktionsvertrags in Haft zu nehmen. Im Jahre 1897 beantragte der Staatsanwalt in der Verhandlung wegen der Wäldergerichte gegen den Gen. Thiele 2 Jahre Gefängnis, Thiele wurde freigesprochen und gewiß dachte kein Staatsanwalt daran, ihn vor der Verhandlung in Haft zu nehmen. Es können aus der zehnjährigen Geschichte unseres Volksblattes noch eine Reihe ähnlicher Fälle angeführt werden, indes mögen die angezogenen genügen, um den striktesten Beweis zu liefern, daß der Verdacht, die Redakteure unseres Volksblattes würden sich den Folgen der gegen sie eingeleiteten Prozesse entziehen, ein gänglich unbegründeter ist. Zudem kommen bei dem insinuirten Gen. Swienty noch die derzeitigen familiären Umstände hinzu - es ist uns deshalb der Beschluß der betr. Kammer unangenehm.

Eine Anzahl Wähler, so auch die Halleische und verschiedene auswärtsige Parteimitglieder melden bereits die Hastenstellung unseres bedauernswerten Kollegen. Diese Meldung war jedenfalls den kurzen Notizen entsprungen, die wir in den letzten Tagen brachten, wo wir selbst mit der sofortigen Freilassung Swientys rechneten. Heute sind wir eines anderen besetzt. Ueber die Strafbarkeit der Artikel, welche die Verhöhnung Swientys herbeiführen, sagt der Vorwärts: „Nicht ist die Kritik der Chinesen und die Freilassung der Weizmann zur Verurtheilung geknüpft worden. Das





